

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 202-207

Die Fürstenvorlage im Rechtsausschuß.

Die Beratung noch nicht beendet. — Fortsetzung am Sonnabend.

Der Rechtsausschuß des Reichstages begann heute seine Beratung mit der Besprechung des § 10 des Regierungsentwurfes, nach welchem auch aus dem Privatvermögen der Fürstenthümer Gegenstände, die das Land aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit braucht, dem Lande zuzuwenden sind.

Abg. Barth (Dnat.) begründete Anträge seiner Fraktion, die darauf hinauslaufen, Familienarchive und Parkanlagen vor der Ueberweisung an das Land zu schützen. Er protestierte darüber hinaus auch gegen den Regierungsentwurf, durch den die Verfassung als ein Fezzen Papier behandelt und das Privateigentum aller Willkür preisgegeben sei.

Abg. Kahl (D. Sp.) spricht seine Sympathie aus für den Schutz der reinen Familienarchive. Er macht aber darauf aufmerksam, daß ihm ein Fall aus Baden bekannt sei, wo einem Gelehrten die Einsicht in die Familienarchive eines Fürstenthums verweigert worden sei, obwohl er für wissenschaftliche Zwecke Einsicht nehmen wollte.

Abg. Everling führt aus, daß es sich hier bei dem Regierungsentwurf überhaupt nicht um eine an sich zulässige Enteignung, sondern um eine in der Verfassung nicht vorgesehene Konfiskation handele. Man könne höchstens dem Land ein Vorkaufsrecht einräumen.

Abgeordneter Schulle (Ztr.) wendet sich gegen die deutschnationalen Anträge, ist allerdings der Meinung, daß man diejenigen Kunstschätze, die vor der Revolution noch nicht zur regelmäßigen öffentlichen Besichtigung frei gegeben worden seien, der Zuteilung an das Land entziehen müsse.

Genosse Rosenfeld wendet sich gegen die deutschnationalen Anträge und weist darauf hin, daß es geradezu komisch wirke, wenn man höre, daß bei dieser ganz selbstverständlichen Berücksichtigung des Volkes schon von Verstößen gegen die Privateigentumsordnung und bolschewistische Verhältnisse die Rede sei.

als ob es den Fürsten nur darauf ankomme, für ihre Archive und Parks Geld zu bekommen und daß bei ihnen die Pleiße da aufhöre, wo das Geld anfangt.

Gerade die Mitteilung des Abg. Kahl nötigen geradezu dazu, auch die fürstlichen Privatarchive für die Wissenschaft zu sichern. Die Erfordernisse der Wissenschaft könnten nicht durch Hinweise auf angebliche Pleißegepflichten abgelehnt werden.

Scheinrat Frank erwiderte für die preussische Regierung, daß wenigstens der weitaus größte Teil der Sammlung Solty damit gerettet sei. Geringere Teile, insbesondere einige kostbare Bilder im Wert von etwa 2 bis 3 Millionen würden den Fürsten verbleiben.

Genosse Landsberg führte aus, daß seines Wissens kein fürstliches Archiv der freien Benutzung freigegeben werde. In Preußen sei sogar dem Professor Lehmann-Göttingen, der das Testament Friedrich des Großen, das dieser vor dem 7jährigen Krieg gemacht hatte, zu wissenschaftlichen Zwecken einsehen wollte, diese Einsicht abgelehnt worden.

Abg. Everling zieht daraufhin diesen Zusatz des deutschnationalen Antrages zurück. Bei der Abstimmung werden die deutschnationalen Anträge gegen die Stimmen aller übrigen Fraktionen abgelehnt.

Der Antrag der Regierungsparteien auf Berücksichtigung der schon vor der Revolution öffentlich freigegebenen Kunstgegenstände wird mit den Stimmen der Regierungsparteien und auch der Deutschnationalen, die diesmal für den Regierungsentwurf stimmen, gegen die zehn Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei Stimmhaltung des östlichen Abgeordneten angenommen.

Der gesamte § 10 wird alsdann mit 11 gegen 3 Stimmen der Kommunisten bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen angenommen.

§ 11, der die Zuteilung von Grundstücken an ein Land vorsieht, welche früher im Staatseigentum gestanden haben und den Fürsten überlassen sind nur deshalb, weil die Erwerber Fürsten waren, wird ohne Debatte mit derselben Stimmverteilung angenommen.

Zu § 12, der den Fürsten eine angemessene Lebenshaltung garantieren soll, beantragen die Sozialdemokraten, diese Garantie auf die jetzt lebenden Mitglieder der fürstlichen Familien zu beschränken.

Genosse Rosenfeld führt zur Begründung an, daß selbst, wenn die Mehrheit den Fürsten eine angemessene Lebenshaltung bewilligen wolle, dies doch nicht auch noch für die in Zukunft geboren werden den Fürsten gelten könne.

Bei der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag von den Sozialdemokraten und den Regierungsparteien mit 16 gegen die 3 Stimmen der Kommunisten angenommen.

Abgelehnt wird ein sozialdemokratischer Antrag, der auf die Fürsten einen Druck ausüben will, möglichst bald einen Uebergang zu einem bürgerlichen Beruf zu finden.

Bei der Abstimmung wird § 12 von den Regierungsparteien gegen die Kommunisten bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen angenommen. Die Kommunisten stimmen sogar gegen die Bestimmung, bei der Verteilung von Land- und Forstbesitz ist auf die Bedürfnisse des Landes Rücksicht zu nehmen, insbesondere darauf, daß der dem Fürstenthum verbleibende Land- oder Forstbesitz zu der Größe des Landes, in der der Besitz gelegen ist, nicht in auffallendem Mißverhältnis steht.

Was will Caillaux?

Ämtlich angeordnete Frankensenkung?

In der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ meldet unser Pariser Berichterstatter, daß Caillaux zwar für möglichst baldige Stabilisierung eintritt, jedoch den gegenwärtigen Kurs des Franken mit etwa für zu niedrig, sondern noch für zu hoch für eine solche Operation hält.

Wenn Caillaux den gegenwärtigen Frankenkurs noch drücken will, so wird es ihm nicht schwer fallen. Es ist unendlich leichter, das Pfund auf 200 zu bringen, als auf 150 zu senken. Aber die politischen Folgen einer solchen halbbrückerischen Operation — ganz abgesehen von der künftigen Aufwertungsagitation — sind unabsehbar.

Wenn alle diese Versionen zutreffen, dann scheint Frankreich einer kritischen Periode entgegenzugehen.

Agitationsfeldzug der Sozialisten.

Paris, 25. Juni. (WTA.) Der Parteivorstand der Sozialistischen Partei ist heute zusammengetreten und hat in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß die Ministerkrise die Ohnmacht der Bourgeoisie, die Schwierigkeiten zu beseitigen, wieder habe hervorgerufen lassen.

Guillaumats Nachfolger am Rhein.

Entgegen den ursprünglichen Meldungen, wonach General Rollet an Stelle des zum Kriegsminister ernannten General Guillaumat zum Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen ernannt werden sollte, heißt es jetzt, daß General Lorge diesen Posten erhalten soll.

§ 13 der Vorlage, der die Uebertragung von Vermögenswerten von Fürsten auf ein Land und umgekehrt gegen angemessene Entschädigung vorsieht, wird ohne Debatte mit den 11 Stimmen der Regierungsparteien gegen die drei kommunistischen bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen angenommen.

Bei § 14, der vorsieht, daß unter Umständen das Gericht den Fürstenthümern eine angemessene Rente bewilligen könne, beantragen die Sozialdemokraten, daß diese Renten spätestens am 31. Dezember 1950 erlöschen müssen und nicht für das ganze Haus, sondern für jedes einzelne Mitglied eines Fürstenthums zu bewilligen seien.

Genosse Rosenfeld führt aus, daß selbst wenn die Mehrheit Renten bewilligen wolle, das doch nicht für alle Ewigkeit geschehen dürfe. Man müsse eine zeitliche Grenze festsetzen und dürfe auch nicht einem Haupt des Fürstenthums die ganzen Rentenbeträge in die Hand geben, sondern für jedes einzelne Mitglied festlegen.

Abg. Rosenberger (Komm.) führt aus, daß die sozialdemokratischen Anträge zu wenig fordern. Sie sollten doch wenigstens den Begriff der Angemessenheit definieren und überhaupt ernstliche Verbesserungsanträge stellen.

Genosse Rosenfeld dankt dem Abg. Rosenberger für seine Anregung und erklärt, daß seine Freunde für jeden kommunistischen Antrag, der eine Verbesserung enthalte, stimmen würden. Zur allgemeinen Heiterkeit erwidert Abg. Rosenberger, daß er keine Veranlassung habe, Anträge zu stellen, worauf Genosse Landsberg antwortet, daß wir dann leider verzichten müssen.

Bei der Abstimmung ergibt sich ein merkwürdiges Resultat: Der sozialdemokratische Antrag auf Erlöschung der Renten am 31. Dezember 1950 wird mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die Sozialdemokraten abgelehnt. Von den Kommunisten stimmt der Abg. Krenzler für unseren Antrag, der zweite kommunistische Abg. Rosenberger enthielt sich der Stimme und der dritte kommunistische Abg. Stöcker war vor der Abstimmung hinausgegangen.

Bei der dann folgenden Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Festlegung der Renten für die einzelnen Mitglieder der Fürstenthümer enthalten sich die beiden anwesenden Kommunisten Krenzler und Rosenberger der Stimme. Der dritte Kommunist Stöcker war noch nicht wieder im Saale erschienen.

Bei § 15, der ausspricht, daß die Rechte Bayerns durch die Fürstenthümersenkung nicht berührt werden, fragt Genosse Rosenfeld, aus welchen Gründen die früher beschlossene Bestimmung weggefallen sei, nach welcher das Verbleiben der Schatzkammer in München gesichert sei.

Abg. Wunderlich (D. Sp.) erklärt, daß durch einen diplomatischen Notenwechsel zwischen Bayern und Preußen festgestellt sei, daß Preußen die Schatzkammer niemals aus München entfernen werde. Für die preussische Regierung erklärt Ministerialdirektor Nobel, daß jene Bestimmung im Reichsrat auf Antrag der preussischen Regierung gestrichen sei, weil die preussische Regierung grundsätzlich das Eigentum des preussischen Landes nicht beschränken lassen dürfe.

§ 15 der Regierungsvorlage wird mit der bisherigen Stimmmehrheit angenommen.

Bei § 16 verlangt ein sozialdemokratischer Antrag Gleichstellung der Fürsten mit anderen Staatsbürgern in der Aufwertungsfrage. Es sei unerträglich, daß Fürsten gegenüber Aufwertungen bis zu 145 Prozent vorgekommen seien.

Staatssekretär Joel gibt für die Reichsregierung eine Abweichung von den allgemeinen Aufwertungslinien zum Nachteil der Fürsten zu. Die Deutschnationalen fordern (vergeblich) eine Erklärung der Reichsregierung darüber, wie eine Benachteiligung der Fürsten mit dem Vorgesprochenen der gleichmäßigen Behandlung der Fürsten vereinbar sei.

Bei der Abstimmung werden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt und der Regierungsentwurf mit der bisherigen Mehrheit angenommen.

Bei §§ 17 und 18 begründet Genosse Rosenfeld die sozialdemokratischen Anträge, die das Land schützen sollen vor Mißbrauch des den Fürsten zugewiesenen Vermögens. Er fordert Verwaltung durch die Reichsbank, Kontrolle durch die Reichsregierung und Zurückbehaltung von fürstlichen Vermögenswerten, für die Mißbrauch zu befürchten sei.

Abg. v. Drogenberg erklärt für die Deutschnationalen, daß § 18 der Regierungsvorlage die Fürsten minderen Rechtes mache. Früher hätten auch die Demokraten der Fürsten Privateigentum schützen wollen. Der frühere Kaiser sei gegenüber den Wünschen der

Republik äußerst entgegenkommend gewesen. Er habe das für den Reichspräsidenten erbetene Haus dem Staate verkauft und auf Wunsch des Reichsbankpräsidenten Havenstein sogar darauf verzichtet, den Kaufpreis in holländischer Währung anzunehmen, um nicht die deutsche Währung zu gefährden. Die Hohenzollern hätten nichts getan, um die Republik zu gefährden. Er könne nur an die bürgerlichen Parteien die Bitte richten, im Hinblick auf eine organische und ruhige Entwicklung der Verhältnisse diese Bestimmung zu streichen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Genosse Landsberg: Ich wäre dankbar, wenn Sie den letzten Satz erläutern würden.

Abg. v. Dargander: Ich habe durchaus nicht sagen wollen, daß ich in Konsequenz meiner Ausführungen etwas gegen die Verfassung oder die Republik tun würde und daß ich auf keinen Fall für möglich halte, daß meine Freunde oder die Fürsten etwa solches tun würden. Ich wollte nur sagen, Sie rühren an die Rechtsgrundlage jedes Staates.

Genosse Landsberg: Mit diesen Worten haben Sie den preussischen Staat für einen Staat erklärt, der nicht Rechtsstaat ist. Dabei ist das, was jetzt den Hohenzollern geschehen soll, nicht schlimmer als das, was die Hohenzollern 1866 den hannoverschen und hessischen Fürsten getan haben unter Duldung der Rationalisten und Konservativen. Lesen Sie die Reden Bismarcks nach. Er wollte, daß diese Fürstenhäuser minderen Rechtes sein sollten. Er sah schon eine Drohung und ausreichende Begründung der Beschlagnahme des Fürstentums darin, daß ein Fürst erklärt hatte, er hoffe, daß sein Haus später einmal wieder zur Regierung kommen werde.

Denken Sie auch daran, ob Sie etwa für den Herzog von Koburg oder den Fürsten von Bayern die Erklärung abgeben können, daß diese nicht daran denken, etwas gegen die Republik zu unternehmen? Denken Sie auch an das Wort Wilhelm II., als er aufforderte zum nationalen Kreuzzug gegen die Pest der Demokratie? Wie können Sie sich dann besonders darüber wundern, daß wir die Republik schützen wollen vor Mißbrauch des fürstlichen Vermögens. Die vorgehenden gesetzlichen Bestimmungen sind selbstverständlich, und wenn die Fürsten nichts gegen den Staat unternehmen, droht ihnen auch keine Gefahr.

Abg. v. Rittshofen (Dem.) schließt sich den Ausführungen des Genossen Landsberg an, indem er hervorhebt, daß tatsächlich von Koburg und Bayern eine Bedrohung durchaus gegeben sei. Die mißbräuchliche Benutzung des Welfenfonds hätten die Rationalisten und Konservativen immer gebilligt, sogar die Verwendung der Gelder zur Bezahlung der Frühstücke des Herrn von Holstein.

Bei der Abstimmung über § 18 werden die deutschnationalen Anträge und die sozialdemokratischen abgelehnt.

Ein Regierungsantrag auf Einführung der Bestimmung, daß nicht das Land, sondern das Gericht entscheiden soll, ob Fürstentum einbehalten werden sollen, wird angenommen.

Schließlich wird der ganze Antrag von den Regierungsparteien gegen die Kommunisten bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen angenommen. (16 gegen 2.)

Fortsetzung Sonnabend früh, 10 Uhr.

Die erfundenen 25 000.

Der Mitgliederbestand der K.P.D. in Groß-Berlin.

Die „Rote Fahne“ sucht die Feststellung des Genossen Künstler abzuschwächen, daß die K.P.D. in Groß-Berlin nur 7000 Mitglieder habe. Sie behauptet, es wären rund 25 000.

Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der K.P.D. gab auf dem Bezirksparteitag vom 17./18. November 1925 folgende Mitgliederzahlen für Oktober 1925 an:

Groß-Berlin	16 072
Brandenburg-Grenzmark	2 558
Lausitz	654

Diese Zahlen sind einschließlich der Erwerbslosen. Seit dem Oktober 1925 ist diese Mitgliederzahl noch erheblich zurückgegangen. Wir haben allen Grund dafür, die Zahl von 7000 für richtig zu halten.

Die Kaiserproklamation von Berlin.

Von Hans Bauer.

Vor einigen Tagen hat es in Berlin eine Kaiserproklamation gegeben, selbstverständlich nur eine im Aufnahmestadium einer Filmgesellschaft. Alles war Spiel.

Der zu krönende Kaiser — Wilhelm I. also, denn es handelte sich um die Szene im Spiegelssaal zu Versailles — und sein Kanzler Bismarck wurden durch Schauspieler verkörpert, aber die Offiziere, die die Proklamation vornahmen, waren wirkliche Offiziere und die Uniformen und Ordnen, die sie trugen, die waren echt, und die donnernden Hochs, die sie nach dem Krönungsakt auf Kaiser Wilhelm ausbrachten, die kamen gewiß nicht aus dem Mund, sondern aus dem Herzen. Die Bornehmtheit der Namen war aufgebieten worden, es wimmelte von Erzellenzen, Grafen und Uradel. Rittmeister und Leutnants tummelten sich, sogar ein Prinz war anwesend, und die Würde des Alters wurde durch die 88jährige Erzellenz von Kracht repräsentiert, der als Großherzog von Baden die Worte formuliert, die den König von Preußen zum Kaiser von Deutschland beförderten.

Der Film selbst, in dem diese Kaiserproklamation eine Szene bildet, ist die Fortsetzung jenes Bismarck-Films, dessen erster Teil vor einer Reihe von Monaten zu sehen war, und er dürfte in noch ärgerem Maße als dieser Vorgänger ein bössartiger, reaktionärer Dreck werden. Aber was von dem Film gilt, das wird man nicht auch reiflos auf die Darsteller und Komparanen des Krönungsabildes anwenden dürfen. Nein, diese alten Willkürs, die bedrohen gewiß nicht das Leben der jungen Republik. Die nicht. Die wissen nicht für das Alte, die träumen von ihm und sind glücklich, diesen Traum sich vorspielen zu dürfen. Das sind keine Männer politischer Verantwortung, das sind politische Badische, die „vom alten Kaiser“ und „von des Reiches Herrlichkeit“ sabulieren, und denen Bismarck ungefähr dasselbe bedeutet, wie der Jungfrau der Bogchampion. Aber das Seltsame geschah, die Marionetten, der Geisterput unserer Wirklichkeit, sie füllten sich mit warmem Blut, sie erwachten zum Leben, da es sich um ein Spiel handelte. Ihr Atem ward heiß, ihre Stimme hatte Farbe, ihre Gedankenwelt bekam Haut und Knochen — eine Großaufnahme lang. Welch ein Stoff für Pirandello, diese unbemerkliche Umkehrung von Sein und Schein, diese Durchdringung von Spiel und Ernst, diese Wirklichkeit in der Unwirklichkeit, die wiederum die Nachzeichnung einer Wirklichkeit voller Spiel, Tand und Unwirklichkeit war.

Aber schnell war der Traum zu Ende. Die Jupiterlampen verlöschen, nicht der Kaiser mehr, nur ein gewöhnlicher Regisseur noch beherrschte die Szene. Die Erzellenzen, Rittmeister und Grafen legten die Masken von Verkörpern der Kaiserherrlichkeit ab und wechselten in ihr gewöhnliches ziviles Leben hinüber — oder vielmehr, sie fanden sich in das Spiel ihrer Rollen zurück, die ihnen so gar nicht liegen — in die Rollen republikanischer Staatsbürger.

Die Duisburger Kindermörderin verhaftet.

Duisburg, 25. Juli. (Telunion.) Heute morgen ist es der angestrengten Tätigkeit der Kriminalpolizei gelungen, die Mörderin der gestern nachmittag im Walde aufgefundenen beiden Kinder zu verhaften. Es handelt sich um eine neunzehnjährige unverheiratete Nachbarin der betroffenen Familien. Die Beweggründe zu der Tat sind noch in Dunkel gehüllt.

Abbau der Polizeiverordnungen!

Reformvorschlüge von Ministerialdirektor Abegg.

In der Fachzeitschrift für das Polizei- und Kriminalwesen „Die Polizei“ macht Ministerialdirektor Dr. Abegg Vorschläge für eine grundlegende Reform des Polizeiverordnungswezens. Er weist darauf hin, daß über eine Million Polizeiverordnungen bestehen, die von etwa 15 000 Amtsstellen in Preußen erlassen worden sind. Das mache nicht nur dem Publikum eine Kenntnis dieser Verordnungen unmöglich, sondern erschwere auch den Beamten den Dienst ungeheuer, da eine große Anzahl dieser Verordnungen veraltet und unweidmässig geworden sind. Als Kuriosum führt Ministerialdirektor Abegg an, daß im Jahre 1910 ein Arbeiter auf Grund einer Kirchenordnung aus den Jahren 1550 und 1730 zu 3 W. Geldstrafe verurteilt wurde, weil er am Gründonnerstag seinen Garten umgegraben hatte! Ein weiterer Fehler der jetzigen Verordnungen liege darin, daß sie durch Hinweise, Vorbehalte und Ausnahmen überaus unübersichtlich seien. Eine starke Zersplitterung, die sich vor allem auf den Verkehr beziehe, könne hinzu. Berücksichtigt man weiter, daß eine große Anzahl von Verordnungen durch die Gerichte verneint werde — es sind im Jahre 1910 72, 1911 57, 1912 51, 1913 47, 1914 27, 1915 9, 1916 1, 1918 2, 1920 2, 1921 10, 1922 10, 1923 5, 1924 18 Polizeiverordnungen durch das Kammergericht für rechtsungültig erklärt worden —, so ergibt sich, daß die jetzt herrschenden Zustände unhaltbar sind.

Ministerialdirektor Abegg weist dann weiter darauf hin, daß die bisherigen Reformversuche, so der erste große Versuch des Abg. Schäffer aus dem Jahre 1912, gescheitert sind. Eine Neuordnung lasse sich seiner Meinung nach weder auf dem Verwaltungswege, noch durch Aufsichtsbehörden durchführen:

Soll aber schnelle und gründliche Arbeit geleistet werden, die auch für die Zukunft einen gefunden haltbaren Zustand verspricht, so muß ein anderer Weg eingeschlagen werden. Er führt dahin, die Aufhebung aller Polizeiverordnungen mit einem Schlagschlag durch Gesetz anzuordnen, um dadurch der neuen Regelung des Polizeiverordnungswezens den Weg freizumachen. Daß dieses rechtlich zulässig ist, steht außer Zweifel. Es handelt sich um landesrechtliche Vorschriften, deren Aufhebung das formelle Landesgesetz als die stärkere Rechtsquelle anordnen kann. Sind wir dann von der unerträglichen Last der Ueberfülle von Polizeiverordnungen befreit, so ist der Weg für jede weitere Reform frei.

Für eine Uebergangszeit von etwa zwei Jahren müßten selbstverständlich die Polizeibehörden ermächtigt werden, von den aufgehobenen Vorschriften die unbedingt notwendigen, aber zahlenmäßig beschränkten Verordnungen gleichzeitig mit dem Gesetze, das die Aufhebung aller Polizeiverordnungen anordnet, noch für eine bestimmte Zeit in Kraft zu setzen.

Für die Neuordnung sei eine Befristung aller Polizeiverordnungen auf nicht über sechs Jahre zu fordern. Die Zahl der zu Erlassen befugten Stellen müsse verringert werden. Die Minister müßten auf allen wichtigeren Gebieten Musterpolizeiverordnungen erlassen, von denen die untergeordneten Stellen nicht ohne weiteres abgehen dürften. Die Befugnisse der Minister zum Erlass von Polizeiverordnungen müßten über den § 136 des Landesverwaltungs-gesetzes hinaus zu erweitern sein, wobei freilich von jeglicher Mitwirkung des Landtags abgesehen werden könne, da die parlamentarische Regierungsform eine genügende Sicherung gegenüber ministeriellen Uebergriffen in das Gebiet der formellen Gesetzgebung biete. Je nach dem beabsichtigten Geltungsbereich der Verordnungen komme der Minister, der Oberpräsident, und erst dann, wenn eine Verordnung nicht für die ganze Provinz erlassen werden kann, der Regierungspräsident, der Landrat und

zuletzt ausnahmsweise auch die Ortspolizeibehörde in Betracht. Dabei dürfe man die Verringerung der Zahl der Amtsstellen nie aus dem Auge verlieren, so daß die Befugnis des Amtsvorstehers zurückgenommen, zum mindesten aber stark beschränkt werden müsse.

Die Neuordnung des Verordnungswezens muß nach Ansicht des Ministerialdirektors Abegg gleichzeitig durch Erlass eines allgemeinen Polizeigesetzes versucht werden, wobei das Polizeistrafrecht einen besonderen Abschnitt zu bilden hat.

Terror in Pommern.

Die Fälschung der Volksmeinung.

Der großagrarische Terror beim Volksentscheid hat am stärksten in Pommern gewirkt. Das „B. T.“ stellt eine Liste der Orte in Pommern zusammen, in denen infolge des Terrors keine einzige Stimme abgegeben worden ist. Danach wurde keine einzige Stimme abgegeben:

im Kreis	Anklam	in 7 Ortshäufen
Belgard	24	
Bütow	4	
Demmin	33	
Dramburg	8	
Franzburg	1	
Greifenhagen	1	
Greifswald-Land	2	
Kolberg-Röllin	9	
Lauenburg	28	
Rangard	3	
Reufettin	16	
Warg	15	
Rummelsburg	20	
Saahig	27	
Schivelbein	10	
Stolp	1	
Nedermünde	2	
Wiedom-Bollin	1	

In diesen 19 Kreisen Pommerns haben also insgesamt 212 Dörfer und Gutsbezirke keine einzige Stimme gegen die Fürstenerfordernungen aufbringen dürfen. Unter diesen Bezirken befinden sich ganz große Ortshäufen mit 300, 400 und 500 Wählern, in denen bei der Reichstagswahl zahlreiche Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben worden sind. Die Fälschung der Volksmeinung liegt also klar auf der Hand.

Niederlage der Regierung Bartel.

Das Finanzprojekt im Sejm aus dem Schuß abgelehnt.

Warschau, 25. Juni. (Wib.) Die gestrige Sitzung des Budget-ausschusses des Sejm brachte die erste Niederlage der neuen polnischen Regierung. Ministerpräsident Bartel verließ die Sitzung, nachdem der Ausschuss beschlossen hatte, die Budgetausgaben von 457 Millionen auf 400 Millionen herabzusetzen. Gleichzeitig wurde der Antrag des Finanzministers auf Einführung eines zehnprozentigen Steuerzuschlages von der Sejmkommission abgelehnt. Damit fällt das Finanzprojekt der Regierung Bartels; falls die Stellungnahme des Sejmausschusses auch im Plenum durchgehen würde, müßte die Regierung nach parlamentarischen Brauch zurücktreten. Man rechnet in politischen Kreisen jedoch damit, daß die Beschlüsse des Sejmausschusses nur als Demonstration aufgeföhrt werden sollen, da man auf Seiten der Rechtsparteien nicht abgeneigt ist, der Regierung Bartels Zugeständnisse zu machen, wenn die Sondervereinbarung, nämlich die Aenderung der Wahlordnung im Sinne einer weiteren Entrechtung der Minderheiten, durchgeführt wird. Die deutsche Fraktion, die sich darüber klar ist, daß der Kampf wahrscheinlich auf Kosten der Minderheiten ausgefochten wird, hat das Budget-provisorium der Regierung Bartel abgelehnt, da es in keiner Weise den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung trägt.

Im Zusammenhang mit dem aufgedeckten Komplott gegen Mustafa Kemal sind alle Abgeordnete und Mitglieder der Fortschrittspartei verhaftet worden. Die Verhaftungen dauern an. Am heutigen Freitag beginnt bereits vor einem Sondergericht der Prozeß gegen die Angeeschuldigten.

Pompeck als Trappist? Uns wird geschrieben: „An der Berliner Universität regiert der unerhüllteste Rationalismus. Der „Bund Entschlossener Schulreformer“ hat mit dieser „alma mater“ seitliche Erfahrungen gemacht: 1923 konnte er keine Produktionshaltung in der Universität abhalten (Rektor: Heister), doch 1924 antwortete der nächste Rektor (Roethe) auf das Gesuch um den größten Hörsaal für die Internationale Geschichtstagung: „Die Universität ist nicht der geeignete Rahmen für die Tagung der Entschlossenen Schulreformer!“ 1925 wünschte der Bund den gleichen Raum für die doch gewiß hierher gehörende Lehrerbildungstagung. Der damalige Rektor, der Theologe Hoff, mußte aber — Roethe befohl — antworten: „Seiber gestatten es die Rücksicht auf das Ansehen des Amtes und die Steilheit der Grundfläche an der hiesigen Universität mir nicht, von der Entscheidung meines Herrn Amtsvorgängers abzuweichen.“ Und das, obgleich Alois Fischer, Richard Senfert und viele andere anerkannter Pädagogen beteiligt waren. Die zurzeit regierende Magnifizenz, von Pompeck, überkippte seine Vorgänger nach an „Steilheit“. Der „B.S.“ hält vom 2. bis 5. Oktober d. J. wieder eine Berliner Zentraltagung ab, „Der Jugendheifer“, an der Gertrud Bäumer, F. Sigmund-Schulke, E. v. Dühring, R. Bondy usw. mitwirken, und die sicher höchste sachliche Qualität besitzen wird. In zwei überaus föhlichen Eingaben an den Herrn Rektor erbat er dafür wieder den größten Hörsaal. Dieser Rektor aber antwortete auf amliche Schriftstücke überhaupt nicht! Hat er die Sprache verloren? Oder ist er Trappist? Vielleicht fragt das Ministerium für Volksbildung einmal an, ob Herr von Pompeck noch Deutsch versteht?

Reportage und Dichtung. Die Romohische Wochenchrift „Die Literarische Welt“ hat eine Umfrage veranstaltet, um über die Beziehungen von Reportage und Dichtung Material zu sammeln. Hans Tasselmä fragte eine Reihe von Schriftstellern: wird die Dichtung, insbesondere die epische Kunstform, von der neuen Sachlichkeit der Reportage entscheidend beeinflusst werden? Inwiefern? Halten Sie zur Durchführung Ihrer Ideen das Buch oder die Zeitung für wesentlicher?

Alfred Döblin antwortete: „Ich hoffe und erwarte, daß die Journalisten nie auf die Dichtung entscheidenden Einfluß gewinnen werden. Allerdings fürchte ich, daß der Journalismus schon einen gewissen Einfluß auf die Dichtung ausübt. Ich sage, was ich zu sagen habe, durch das Buch.“

Heinrich Mann schreibt: „Ich bin erfreut, von Ihnen zu hören, daß es eine „neue Sachlichkeit der Reportage“ gibt. Dann muß es wohl auch schon sachliche Romane geben. Haben sie zugleich Kunstwert, dann verwirklichen sie für jetzt das Höchste. Abhängigkeit der Romane von der Reportage? Eher doch wohl Behorlam beider gegen die Forderung derselben Lebensform.“

In der Antwort von Leonhard Frank heißt es: „Sie fragen: wird die Dichtung durch die neue Sachlichkeit der Reportage entscheidend beeinflusst werden? Ich kann Ihnen auf diese Frage keine Antwort geben, weil ich nichts von einer neuen Sachlichkeit der Reportage bemerkt habe. Wenn Sie aber damit fragen wollen, ob die Ereignisse der Zeit auf Dichter und Dichtung wirken, dann sage ich: leider zu wenig! Dichter mit bekannten Namen suchen ihre Stoffe in Indien oder in der Vergangenheit und in der Zukunft.

Sie flüchten aus der Gegenwart; das spricht gegen die Dichter. In jedem Quadratzentimeter Materie in Berlin ist die ganze Welt enthalten. Nur gehört viel Kraft, viel Ehrlichkeit und viel Arbeit dazu, dies dem Leser zu zeigen.“

Der Krieg der Hungerkünstler und der Witte. Ein kurioser Konflikt ist neuerdings in Belgrad ausgebrochen. Dort veranstaltete der russische Journalist Sumoin eine Reihe von Vorträgen über das Thema, wie man sich durch Hungertagen die Gesundheit erhalten könne. Nach der Ansicht des Vortragenden, der selbst nur von einem Minimum an Nahrungsmitteln vegetarischer Art lebt, ist das Hungern imstande, alle Krankheiten zu heilen. Die Vorträge hatten zunächst den Erfolg, den größeren Teil der russischen Kolonie, die im öffentlichen Leben Belgrads eine große Rolle spielt, zu merklichen Einschränkungen ihrer Lebensweise zu veranlassen. Eine große Anzahl von Personen hat seit zwei Wochen das Essen vollständig aufgegeben und erhalten ihre Lebensgeister ausschließlich durch Wassertrinken, durch Tabak und Bäder wach, denn sie behaupten, daß man mehrmals im Jahr eine vierzigstägige Fastentur mitmachen müsse, wenn man den Körper von unreinen Säften befreien wolle. In einer Vorstadt hat sich eine andere Hungerkünstler-gemeinde gebildet, die diesem Beispiel folgt, und man glaubt, daß die Epidemie noch weiter um sich greifen wird; schon heute zählt man mehrere hundert Russen, die das Essen völlig eingestellt haben. Die Geschädigten dabei sind natürlich in erster Linie die Besitzer der zahlreichen russischen Speisehäuser, die sich schon ruiniert sehen, da seit Beginn der Hungertage ihrer Vondsteuere ihre Einnahmen fühlbar zurückgegangen sind. Sie haben sich nunmehr an das Ministerium des Innern gewandt und ein Einschreiten der Behörde gegen die nach ihrer Ansicht sinnlose Propaganda des russischen Journalisten gefordert.

Erhöhtes Pflanzenwachstum durch drahtlose Wellen? Ein englischer Gärtner in Nottingham, William Boot, will entdeckt haben, daß sich die drahtlosen Wellen zur Steigerung des Pflanzenwachstums verwenden lassen. Er benutzte einen Radioapparat, den er in seinem Treibhaus aufstellte, und fand, daß keine Gurken und Tomaten Kräfte aus der Luft ziehen, durch die ihre Fruchtbarkeit um 20 bis 30 Proz. erhöht wird. Eine Gurkenpflanze brachte 35 Gurken, von denen einige zwei Fuß lang waren. Die Tomaten wurden um 6 bis 8 Zoll größer, als diejenigen, die auf gewöhnlichem Wege gezogen wurden.

Amerikanisches Musikpreiswettbewerb. Das Musikkomitee an der Philadelphia Nationalausstellung, an dessen Spitze Dr. Robert N. Ziegler steht, hat ein Preiswettbewerb erlassen, das allen Musikern der Welt offensteht. In Venedig sind ausgesetzt: ein Opernpreis von 3000 Dollar, ein Symphoniepreis in Höhe von 2000 Dollar; ferner wird preisgekrönt ein Chor mit 2000 Dollar, ein Ballet mit 3000 Dollar und eine Capella-Chor-Tulle mit 500 Dollar. Die Einwendungen müssen in Händen des Komitees Anfang Oktober sein.

Telephon-Konferenz. Es gibt keine andere Stadt der Welt, wo das Telephon so verbreitet ist wie in Stockholm. Am 1. Mai d. J. zählte man in Stockholm mit ungefähr 450 000 Einwohnern 88 138, gleich rund 90 000 Anschlüsse an das Telephonnetz. Das ist ein Telephon auf fünf Einwohner. Dazu kommen noch 21 950 Anschlüsse in den Vorstädten.

Antisemitische Reichsgerichtsentscheidung.

Ein Beitrag zum deutschen Justizskandal.

In dem soeben erschienenen Heft 5 der „Justiz“, der Zeitschrift des Republikanischen Richtervereins, bespricht Rechtsanwalt Foerder-Breslau eine Entscheidung des Reichsgerichts, die aufsehenerregend ist. Die Entscheidung hat folgende Vorgeschichte: In einer von etwa 70 Personen, zumeist Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens, besuchten Versammlung, die in einem Lokal der Stadt Gotha stattfand, hatten die vier Angeklagten die Republik durch die jugendlichen und gesprochenen Worte: „Wir brauchen keine Judenrepublik, psui Judenrepublik“ beschimpft. Die Strafkammer des Landgerichts Gotha hatte sie dafür zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die Revision der Angeklagten hob der erste Strafsenat des Reichsgerichts durch Beschluss vom 22. Juni 1923 das Urteil auf. In der Begründung der Entscheidung heißt es:

„In den Urteilsgründen ist gesagt: Mit dem Vers: „Wir brauchen keine Judenrepublik, psui Judenrepublik“, wandten sich die Angeklagten gegen die gegenwärtige republikanische Staatsform des Reiches und des Landes Thüringen.“ Der Ausdruck „Judenrepublik“ kann in verschiedenem Sinne gebraucht werden. Er kann die besondere Form der demokratischen Republik bezeichnen, welche durch die Weimarer Nationalversammlung „verfassungsmäßig festgestellt“ ist; er kann auch die gesamte Staatsform umfassen, die in Deutschland seit dem gewalttätigen Umsturz im November 1918 bestanden hat. Gemeint kann sein die neue Rechts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland, die unter hervorragender Beteiligung deutscher und ausländischer Juden aufgerichtet wurde. Gemeint kann auch sein die übermäßige Macht und der übermäßige Einfluss, den die im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung kleine Anzahl der Juden nach Ansicht weiler Volkskreise in Deutschland tatsächlich ausübt. In welchem Sinne die Angeklagten den Ausdruck „Judenrepublik“ gebraucht haben, ist nicht näher dargelegt. Es ist nicht einmal ausdrücklich festgestellt, daß die Angeklagten die verfassungsmäßig festgestellte Staatsform des Reiches beschimpft haben, sondern nur, daß sie die gegenwärtige Staatsform des Reiches beschimpft haben. Die Möglichkeit eines Rechtsirrtums ist hiernach nicht ausgeschlossen. Gänzlich unverständlich ist, inwiefern der Ausdruck „Judenrepublik“ auch auf die Republik Thüringen bezogen werden kann. Das angefochtene Urteil ist daher nebst dem ihm zugrunde liegenden Feststellungen aufzuheben. Es erübrigt sich, von der Befugnis des § 394 StPD. Gebrauch zu machen und die Sache an ein anderes Gericht zu verweisen. (gez. Dr. Lobe, Behringer, Rosenberg II, Bucherer, Zeller, Wachinger, Dr. Kreuz.)

Zu dieser Begründung bemerkt Foerder: „Als sehr sophistisch ist schon in der bisherigen Kritik des Reichsgerichts-urteils Nr. 1 mit Recht die Unterscheidung zwischen der „gegenwärtigen“ und der „verfassungsmäßig festgestellten“ Staatsform empfunden worden. Ist denn etwa die gegenwärtige Staatsform nicht die verfassungsmäßig festgestellte?

Das größte Aufsehen erregten aber diejenigen Ausführungen des Urteils, in denen das Reichsgericht im Widerspruch zu seiner sonstigen Sepsitosenheit, das Gebiet der Tatsachenerwägungen zu meiden, hier Untersuchungen darüber anstellt, was alles mit dem Ausdruck „Judenrepublik“ sonst noch gemeint sein könne. Da ist an dritter Stelle die Rede von „der neuen Rechts- und Gesellschaftsordnung, die unter hervorragender Beteiligung deutscher und ausländischer Juden aufgerichtet wurde“. Man glaubt sich in einer Volksversammlung einer der monarchistischen Rechtsparteien zu befinden, wenn man diese Worte liest. Doch auch einige deutsche Juden die neue Rechtsordnung mit aufrichtigen Haß, ist ebenso natürlich wie richtig. Es wäre auffallend gewesen, wenn die deutschen Juden, die im Kriege ihr Gut und Blut hingegeben haben wie alle anderen, nach dem Kriege, als es die Wiederaufrichtung des Vaterlandes galt, untätig beiseite gestanden hätten. Aber ausländische Juden? Von einer „hervorragenden Beteiligung“ solcher an dieser Wiederaufrichtung scheint nur die Spezialchronik des 1. Stoffensatzes des Reichsgerichts etwas zu enthalten. Der deutsche Historiker weiß heute nichts davon und wird auch in Zukunft nichts davon wissen. Fast noch schlimmer aber steht es mit der nächsten Erwägung, die Täter hätten möglicherweise gemeint „die übermäßige Macht und den übermäßigen Einfluss, den die im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung kleine Anzahl der Juden nach Ansicht weiler Volkskreise in Deutschland tatsächlich ausübt“. Das ist die ziemlich wörtliche Wiedergabe von Ergüssen, wie man sie in Flugblättern mit den Unterschriften von Knüppelkunge, Frisch, Wulle, Streicher, Hitler und ähnlichen Zierden der deutschen Nation findet.“

Der Weltwanderungskongress.

Berichte aus allen Kontinenten.

London, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Weltwanderungskongress setzte an seinem dritten Verhandlungstage die Aussprache über die Referate fort. Zunächst schilderte Stalin, russischer Sozialrevolutionär, die Verhältnisse der russischen Emigranten, von denen eine Million in der Welt zerstreut jeder Willkür preisgegeben sei. Richter-Destler betont, daß trotz der ungünstigen Verhältnisse, in denen sich Desterreicher befinden, Vorzüge getroffen sei, das kein österreichischer Arbeiter, der auswandert, zum Lohnbrüder im Einwanderungslande werde.

Dann erhält der Vertreter des Allindischen Gewerkschaftsbundes Lappal Ray als einziger Sprecher des asiatischen Kontinents das Wort. Er führt aus: Die Auswanderung aus Indien sei in der Vergangenheit hauptsächlich in der Form der Kontraktarbeit erfolgt, welche nicht weit von Sklaverei entfernt sei. Auf diese Weise seien Millionen ausgewandert. Das Hauptproblem, dem sich Indien heute gegenüberstehe, sei das Schicksal dieser Millionen, welche unter falschen Voraussetzungen das Land verlassen hätten und im Einwanderungslande friedliche Bürger geworden seien. Für sie müsse Gleichberechtigung gefordert werden. Die bereits ausgewanderten Farbigen würden von den Einwanderungslandern heute unter allen möglichen Vorwänden ausgewiesen, und während das geschehe, zwängen die europäischen Regierungen ihrerseits diese Länder, die weißen Arbeiter in ihr Land aufzunehmen. Das müsse naturgemäß zu katastrophalen Folgen führen. Der Redner warnte vor den Folgen einer solchen Politik.

Wilson-Neufeland betont, daß in Neufeland keine Schwierigkeiten zwischen den eingewanderten Weißen und der Urvölkerung, den Maori, existierten. Es hätten sich aus dem Zusammenleben lediglich Vorteile ergeben. Der spanische Vertreter Ribas machte die interessante Feststellung, daß sich in Südamerika, in Chile, Uruguay und Brasilien in wachsendem Maße die Tendenz bemerkbar mache, sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund anzuschließen. Der australische Delegierte Allan stellte fest, daß die australischen Gewerkschaften ausländische Arbeiter aufgenommen hätten, es habe sich jedoch gezeigt, daß die eingewanderten Arbeiter reaktionär seien. Der belgische Delegierte verlangt die Errichtung von Auswanderungsämtern auf paritätischer Grundlage. Diese Ämter sollten die Anträge der Unternehmer, welche Arbeiter ins Land zu bringen wünschen, prüfen. Als Krönung solle dann das Internationale Wanderungsamt gegründet werden.

Das neugeordnete Museum.

Am Sonntag wird das Museum für Völkertunde in der Prinz-Albrecht-Straße wieder für das Publikum freigegeben. Zwei Jahre brachte man zu seiner Renovierung und Neuordnung. Die Arbeit, die hier in dieser Zeit geleistet wurde, ist erstaunlich. An Stelle des früheren Ueberreichtums ist weise Beschränkung getreten, manche Sammlungen sind verkleinert worden, nur das Bedeutende ist geblieben, man hat ihm aber einen Platz gegeben, von dem der Raum beherrscht wird. Ueberall ist man nach dem Grundlag verfahren, die wichtigsten Stücke der Sammlungen möglichst allein aufzustellen, so daß sie nicht von dem Unwichtigen erdrückt werden. Ehemals fand das Auge keinen Ruhepunkt, die Ueberfülle wirkte bedrückend, heute herrscht Klarheit und Ordnung, jedes ausgestellte Stück scheint wichtig. Am besten die asiatische Sammlung im Erdgeschoss. Indien, Japan, China, Annam und Tibet sind mit kostbaren Plastiken vertreten, mit Götterbildern und Buddha, um deren Rund ein wissendes, weltfernes Lächeln huscht, das weit der Klugheit des Europäers überlegen zu sein scheint. Andere Arbeiten zeigen europäischen Einfluß, sind erdbeerbundener, berühren uns mehr wie Geist von unserem Geist. Aber hier aus diesen Räumen ist das alltägliche Leben verbannt, anders in der amerikanischen, ozeanischen und afrikanischen Sammlung. Neben Göttern von wild bizarrem Aussehen, neben verzerrten Masken für religiöse Tänze, findet man Gegenstände für den Hausgebrauch, Gefäße aus Ton und Metall, Flechtarbeiten mit mathematisch genauen Ornamenten, Bekleidungsgegenstände und Schmuck. Die äußere Hülle eines Lebens zeigt sich hier, das uns fremd erscheint, ein Denken spricht daraus, das wir verstehen lernen sollen. Es bleibt dankenswert, daß diese Sammlungen, die vielleicht lebensvoller sind als kostbare Bildergalerien vergangener Zeiten, dem Publikum in übersichtlicher Form wieder zugänglich gemacht worden sind.

Der Kutischer-Prozess.

Verlust der Verhaftung des schwerkranken Angeklagten.

Der Kutischer-Prozess brachte gestern ganz plötzlich zwei Uebertragungen. Die erste war der unerwartete Schluss der Beweis-aufnahme. Alle Fragen waren anscheinend genügend geklärt. Neubelaufungs- oder Entlastungsmomente sind nicht mehr vorauszu-sehen. Doch oder die Dinge für den Angeklagten recht schlecht sehen müssen, und daß daher nach Ansicht des Gerichts ein Fluchtver-such zu befürchten sei, bewies die Verhaftung Kutisers. Gestern abend erschien Amtsgerichtsrat Wilsdorf in Begleitung des Staats-anwaltschaftrats Polzin und des Geheimrats Prof. Hirsch von der Charité und mehreren Kriminalbeamten in der Wohnung des Angeklagten und erklärte ihn für verhaftet. Der Kranke, der von seiner Lungenentzündung noch nicht genesen ist, und im Fieber lag, wehrte sich, als man ihn aus dem Bett nehmen und nach der Charité bringen wollte. Die herbeigeeilten Verteidiger Dr. Rübel und Dr. Fuchs legten Protest gegen die Inhaftnahme ihres Mandantanten ein. Als dann Kutiser einen schweren Herzanfall erlitt, erklärte Geheimrat Hirsch, daß er nun die Ueberführung des Angeklagten in die Charité nicht verantworten könne. Amtsgerichtsrat Wilsdorf erklärte jedoch, daß er auf seinem Befehl bestehe und bereit sei, falls nötig, selbst das Ueberfallkommando zu alarmieren. Schließlich mußte aber Kutiser doch in seiner Wohnung unter Aufsicht von Kriminalbeamten belassen werden, da in der Charité kein freies Zimmer zur Verfügung stand.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, ist der Haftbefehl gegen den schwerkranken Kutiser heute vorläufig aufgehoben worden. Zwei Kriminalbeamte blieben aber in der Wohnung zurück.

Die „bairischen Knicker“.

In der Postgasse Friedriehstraße (Unter den Linden) befindet sich ein Waffengeschäft. Die Konjunktur für solche aggressiven Unternehmungen soll zurzeit recht günstig sein; kein Wunder, wenn monarchistisch-uniformierte Rombs die kleinalltägliche Stütze für den Bürgerkrieg sind. Das Schaufenster besagten Waffenladens schmückt eine stattliche Kollektion verschiedenartiger Totschlagsinstrumente. Vom griffreichen Dolchmesser über den Trommelrevolver mit präzisester Mechanik bis zum Jagdgewehr ist alles Hieb-, Stich- und Schußwaffe vertreten. Soweit gut. Oder auch nicht gut. Besondere Aufmerksamkeit jedoch verdient eine kleine Pack- und Anpreisungsliste, im Format einer Tischkarte ähnlich, nur im Inhalt weit weniger harmlos. Schwarzweißrot umrandet, ist da zu lesen: „Bairische Knicker mit Scheiden zum Aufhängen. Gute Waffe zur Selbstverteidigung.“ Die Sache hat keine so unwichtige Pointe. Diese schwarzweißroten „Knicker“ (Dolche, mit denen ein Kind fast ein Kalb abschlagen kann) sind auch ein schwarzweißrotes „Kulturprogramm“. Für die Feinde sind derlei Dolchhiebe in den Rücken „Verteidigungswaffen“, die nicht zu überschätzen sind. Und der Inhaber der Waffenhandlung wird seine Rundschaft wohl schon kennen. Wie seine schwarzweißroten Lebens-„Knicker“ beweisen.

Eröffnung des Freibades Wandlitz.

Am gestrigen Donnerstagnachmittag wurde das neue, von der Gemeinde Wandlitz erbaute, wundervoll am Wandlitzsee gelegene Freibad Wandlitzsee in Gegenwart des Landrats des Kreises Niederbarnim, Schlemminger, von Vertretern der Regierung Potsdam und zahlreicher Bürgermeister märkischer Städte durch den Amtsvorsteher Jünemann eröffnet. In einer kurzen Ansprache wünschten der Landrat und die Vertreter der Regierung, der Reichspost und der Eisenbahn dem jungen Unternehmen gutes Gelingen. Das neue Seebad, das landschaftlich zweifelsohne zu den schönsten Bädern der Mark gehört, hat einen herrlichen, breiten, von hohen Bäumen beschatteten Strand, ist mit den modernsten Sicherheitsmaßnahmen ausgestattet und gibt Sportlern aller Richtungen vollauf Gelegenheit, sich zu betätigen. Die Abwoag wird jeden Sonnabend und Sonntag durch viertelstündigen Autobusver-kehr vom Alexanderplatz und Stettiner Bahnhof aus einen Schnellverkehr nach dem neuen Seebad unterhalten.

Deutsche Bäder.

Die Erkenntnis, daß der Aufenthalt in einem Kurort oft geeignet ist, auch bei solchen Krankheiten Hilfe zu bringen, deren Heilung durch Arzt und Medikamente sonst nicht vollständig gelang, hat sich längst allgemein Bahn gebrochen. Krankenkassen und Sozialversicherungen ermöglichen daher heute in geeigneten Fällen ihren Mitgliedern solche Kuren, teils in eigenen Heimen, teils durch Zuschüsse zu Badereisen. Es handelt sich hierbei keineswegs nur um an Tuberkulose Erkrankte, wenn man auch natürlich auf diese verbreitete Volksseuche das Hauptaugenmerk richtet. Doch kann auch bei Stoffwechsellkrankheiten, bei Rheumatismus, Krankheiten der Atmungsorgane und manchen anderen Leiden den Besuchern eine Kur bewilligt werden. Neben den Krankenkassen kommen die Landesversicherungsanstalten und die Reichsversicherungsanstalt dafür in Frage, für Kriegsbeschädigte auch, soweit sie nicht auf Grund des Reichsversicherungsgesetzes Anspruch auf kostenfreie Heilbehandlung haben, die Fürsorgestellen der Sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenen-Fürsorge. Alle diese nützlichen Belegungen enthält neben vielen anderen das neu erschienene Reichs-Bäder-Adressbuch. Mit sehr großer Gründlichkeit ist hier alles Wichtige und Wissenswerte zusammenge-tragen worden. Beschreibungen aller deutschen Kurorte, ihrer Heilmittel und Heilanzeigen machen den Hauptteil aus; jedem Ort ist eine Karte beiliegend beigelegt, die die schnellste und bequemste Zugverbindung von den größten Städten aus nach dem betreffenden

Kurort angibt. Die Nachschlagemöglichkeit ist in jeder Weise erleichtert. Neben einem gründlichen Inhaltsverzeichnis findet man ein alphabetisches Verzeichnis der in deutschen Bädern behandelten Krankheiten, dann eine Zusammenstellung der Heilbäder nach ihren Kurmitteln, nach der geographischen Lage usw. Es bleibt zu wünschen, daß dieses nützliche Buch nicht nur in allen Reise- und Verkehrs-bureaus, sondern auch in den Wartezimmern der Kurorte künftig zu finden ist.

Selbstmord eines Reichswehrsoldaten.

Im Grunewald, unweit des Restaurants Onkel Toms Hütte, wurde heute morgen gegen 8 Uhr der 27jährige Gefreite Kurt Schiele vom 2. Bataillon des Reichswehr-Infanterie-Regiments 9, das in Lichterfelde liegt, von Fußgängern tot aufgefunden. Neben der Leiche lag ein Infanteriegewehr, Modell 98, mit dem sich Sch. eine Kugel in die Brust geschossen hatte. Aus vorgefundenen Notizen geht hervor, daß er beabsichtigt hat, Hand an sich zu legen.

Wohnungs- und Dachstuhlbrand in Berlin NO.

Zu einem gefährlichen Feuer wurden heute mittag um 12 Uhr mehrere Eckschüge der Berliner Feuermehr gerufen, und zwar zu dem Haus Chodowietzstr. 4. In einer im dritten Stock des Vorderhauses gelegenen Wohnung war Feuer ausgebrochen. Beim Eintreffen der Wehren stand die Wohnung bereits in hellen Flammen, die die Decke durchbrannten und auf den Dachstuhl übergriffen. Es wurde aus insgesamt vier Rohren Wasser gegeben. Bei Reaktions-schluß dauert das Feuer noch an.

25 Jahre Tiersehverein. Draußen in Lanfwig, im Heim der Bierheuer, gab's aus Anlaß des 25jährigen Bestehens dieser Wohlfahrtsstation eine kleine Feier. Der Vorsitzende des Vereins begrüßte die anwesenden Gäste, darunter Vertreter verschiedener Behörden und Vereinsmitglieder und sprach in schönen Worten von den Aufgaben dieser Institution. Als Vertreter der kynologischen Vereine ergriff hierauf Walter Guttmann das Wort. Er wandte sich gegen den Magistrat, der durch empfindliche Erhöhung der Steuerabgaben den Hundebesitzern arg in den Geldbeutel schneidet. So waren viele gezwungen, sich schweren Herzens von ihren Tieren zu trennen. Die kleinen Pensionäre draußen liehen sich aber durch all dieses keineswegs ihre gute Laune nehmen. Sie klafften lustig drauf los und man merkt, sie fühlen sich wohl. Die sagen sich doshaft: Ihr Zweifelhler, ihr kommt auch durch uns „auf den Hund“. Die Anlagen des Heims sind wunderhübsch, alles ist mit viel Liebe und Fleiß geschaffen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postauflage bei.

Die Genossenschaft Deutscher Volkserholungsheime e. G. m. b. H. (Devo), Berlin C. 2, Poststraße 10/11, bittet uns, im Interesse der Allgemeinheit mitzuteilen, daß für ihr Erholungsheim Kurhaus Seebad Rübbersdorf irgendwelche Gefahr für die Ausbreitung der Kalkberger Vergiftungs-epidemie nicht besteht.

Ein Waidfest der Oberhavel-Dezernat. Am kommenden Sonntag veranstaltet die Gruppe Ost des „Freien Sealer-Verbandes“ und die „Bänder-Radler-Dezernat“ unter Mithilfe des „Rennereisportvereins Tegeler“ in Papenberge ein Waidfest. Die Aufsahrt der Boote beginnt um 10 Uhr vom Steg des Sege-Club „Roedlern“ (West. Bildenberg, gegenüber dem Kell. Leuchturm Tegeler) nach Papenberge. Dort musikalische Unterhaltungen, Gelanngsvorträge, gemischte Spiele. An der Aufsahrt nehmen ca. 300 Boate teil. Ein Motorboot, welches an der ganzen Aufsahrt teilnimmt, fährt um 1/10 Uhr vom Steg der L. S. A. Tegeler, am Wasserwerk Tegeler ab. An der Fahrt können Gäste teilnehmen. Die Arbeiterschaft ist freundlich eingeladen.

Der Männerchor Friedenau-Steig (M. d. D. S. S.) veranstaltet heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr, ein Preislied-Konzert auf dem Ritzberg in Steglitz, unter Leitung seines Dirigenten D. Schumacher. Zum Vortrag gelangen Männer- und Gemischte Chöre.

Der Film aus dem Leben der kleinen Diene Raja wird am Sonnabend, den 26. Juni, abends 8 Uhr und Sonntag, den 27. Juni, um 4, 6 und 8 Uhr im Großen Saal der Treptow-Sternmarkte gezeigt. Der Ueberfall der Hornissen auf die Burg der Bienen und der Verteidigungskampf der Bienen ist eine der spannendsten Szenen der modernen Tierfilmkunst.

Preussische Altershilfe. Reichswerte, gut eingerichtete möblierte Zimmer mit elektr. Licht, unentgeltlich innerhalb des Bezirks Prenzlauer Berg nach der Kleinrentnerfürsorge Prenzlauer Berg, Danziger Str. 61, Post 1 Tr., Zimmer 119, Sprechstunden werktäglich von 9-1 Uhr.

Bruch des großen Oderdammes.

Ueberflutung des Oberbraches.

Frankfurt a. d. Oder, 25. Juni. Dem gewaltigen Andrang der Hochwassermassen, die die Oder jetzt herbeiträgt, ist der große Oderdamm in dem Königsberger Kreise unweit von Niedersaathen gewichen. Der Deich wurde gestern in einer Breite von 100 Metern durchbrochen. Inzwischen hat sich aber die Durchbruchsstelle wesentlich erweitert. Mit elementarer Gewalt stürzten die Wassermassen in die flacher gelegenen Oberbruchgebiete und überfluteten in wenigen Augenblicken ein Gebiet von weit über 5000 Morgen. Die Gewalt der einströmenden Wasser-massen war so groß, daß sie gegen Mittag einen fahrenden Schleppzug auseinander rissen und zwei große Oderlähne in die Durchbruchsstelle preßten. Glücklicherweise gelang es den Schiffen, im letzten Augenblick Anker zu werfen. Der Kreis Königsberg hat wohl am schwersten unter den Wirkungen des Hochwassers zu leiden gehabt, so daß seine Bewohner jetzt die Behörden um eine Unterstützungsoffizio erlucht haben.

Der Höhepunkt der Hochwasserkrise im Magdeburger Gebiet scheint überwunden zu sein. Zurzeit bereiten Oberpräsident Hering und Vizepräsident Dr. Hausmann das Ueberflutungsgebiet, um einen Ueberblick über das Ausmaß der Schäden zu gewinnen. Eine genaue Schätzung ist aber erst möglich, wenn sich das Hochwasser verlaufen hat. Aus verschiedenen Meldungen geht hervor, daß man allmählich immer mehr sich gegen die Dammbruch-gefahr gefichtet hat. Die Stepenitz hat die Ufer kilometerweit überschwemmt und gegen 10000 Morgen an Roggen, Kartoffel- und Heurnte vernichtet.

Das Hochwasser des Rheins ist seit vorgestern in Mannheim um 20 Zentimeter gestiegen. Der Rhein ist aus den Ufern getreten und hat bei Mannheim die Uferanlagen unter Wasser gesetzt. Weite Landstriche sind überschwemmt, der auf den Feldern angerichtete Schaden ist bedeutend. Man rechnet damit, daß gestern im Laufe des Nachmittags das Hochwasser seinen Höchststand erreichen wird, da in Mainz gestern das Wasser von 7,39 auf 7,11 gefallen ist.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Kreis Eisenarten. Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr, bei Trümper, Menaburger Straße 3, Sitzung der Geschäftsleitung mit den Abteilungsleitern.
17. Kreis Eisenarten. Kreis Schulgewerbe: Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr, in der Schule des Gellien-Baums, Rathausstraße, öffentliche Versammlung. Bildhewerinnen: „Das proletarische Kind“. Vortragender: Stadtrat Dr. Georg Eberstein. Zu diesem Vortrag sind alle Eltern, Lehrer und Freunde der Schule herzlich eingeladen. Jugendliche haben keinen Zutritt. Die Versammlung beginnt pünktlich. Eintritt frei.

Jungsozialisten. Genosse Ernst Graf, der Redakteur der „Jungsozialistischen Blätter“, spricht heute, Freitag, 7 1/2 Uhr, in der Gruppe Mitte, Schulze-Straße, über „Jungsozialistische Fragen“. Die Gruppe Eisenarten beteiligt sich daran. Für übrige Gruppen und die Sozialistische Arbeiterjugend sind 1000 Karten abzugeben.

